

## CH\_VB 90.907 vom 21. Juni 1991

Bundesverwaltung, 1991-06-21, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch\\_vb\\_90.907](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_90.907)

FR: CH\_VB 90.907 du 21 juin 1991

IT: CH\_VB 90.907 del 21 giugno 1991

### Volltext

21. Juni 1991 N 1351 Postulat Eggenberger Georges Schriftliche Begründung - Développement par écrit Im neuen Schweizer Pass steht auf Seite 1 : «Der Inhaber die- ses Passes ist Schweizerbürger und kann jederzeit in die Schweiz zurückkehren»; ebenso ist auf Seite 3 vom «Inhaber» die Rede. Diese Sprachregelung verletzt Artikel 4 Absatz 2 BV. Viele Frauen stossen sich daran. Sie steht im Widerspruch zur korrekten Sprachregelung -«Bürger(in)» bzw. «Schweizerbür- ger(innen)» - auf den Seiten 2 und 32 des Passes. Zur Antwort des Bundesrates in der Fragestunde vom 18. März 1991 ist festzuhalten, dass die Bezeichnung «Schweizerbürger» nicht, wie der Bundesrat meint, «geschlechtsneutral» ist, sondern dass damit nur das männliche Geschlecht angesprochen wird. Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 15. Mai 1991 Déclaration écrite du Conseil fédéral du 15 mai 1991 Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Präsident: Das Postulat wird von Herrn Dreher bekämpft. Die Diskussion wird verschoben. Verschoben - Renvoyé #ST# 90.981 Postulat Hari Halteprämien für Trainpferde Chevaux du train. Primes de garde Wortlaut des Postulates vom 14. Dezember 1990 Der Bundesrat wird ersucht, auf seinen Beschluss vom 1. Ok- tober 1990 betreffend Aenderungen der Verordnung über Halteprämien für armeetaugliche Trainpferde und Maultiere zu- rückzukommen und Ziffer 2.1 im Anhang nochmals zu über- prüfen. Im Interesse der Sicherstellung einer reibungslosen Rekrutierung von guten Trainpferden müsste diese Ziffer doch ähnlich wie bisher lauten, nämlich: «Trainpferde und Maultiere müssen das 3., dürfen jedoch das 15. Altersjahr noch nicht zu- rückgelegt haben.» Texte du postulat du 14 décembre 1990 Le Conseil fédéral est prié de revenir sur sa décision du 1er octobre 1990 portant sur des modifications de l'ordon- nance concernant les primes de garde pour les chevaux du train et les mulets, et il est invité à revoir le chiffre 2.1 de l'an- nexé. Afin d'assurer le recrutement aisé de bons chevaux du train, le chiffre précité devrait pourtant se lire pratiquement comme jusqu'ici, à savoir: «Les chevaux du train et les mulets doivent être âgés de 3 à 15 ans.» Mitunterzeichner - Cosignataires: Blatter, Bühler, Bürgi, Daepf, Eppenberger Susi, Fischer-Hägglingen, Fischer- Seengen, Hess Otto, Hildbrand, Kühne, Luder, Müller-Wili- berg, Ruckstuhl, Rutishauser, Rychen, Schmidhalter, Schni- der, Schwab, Seiler Hanspeter, Wanner, Wyss William, Zölch, Zwingli (23) Schriftliche Begründung - Développement par écrit Mit Enttäuschung haben die Pferdezüchter von der beschlos- senen Aenderung der vorgeannten Verordnung Kenntnis ge- nommen. Wenn diesen 3- bis 4-jährigen Pferden keine Halte- prämien mehr ausgerichtet werden, führt dies dazu, dass ver- mehrt Jungfohlen geschlachtet werden müssen. Die unaus- weichliche Folge ist, dass diese Pferde für die Armee fehlen. Der vorgesehenen Kürzung des Höchstalters von 16 auf 15 Jahre stimme ich, allerdings freudlos, zu. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 10. April 1991 Rapport écrit du Conseil fédéral du 10 avril 1991 Der Bedarf der Armee an Pferden und Maultieren beträgt heute - einschliesslich Mobilmachungsreserve - rund 7000 Tiere. Im Jahr 1990 wurden für 10 020 Pferde und Maul- tiere (inkl. Zuchtstuten) Halteprämien

ausgerichtet. Dies führte zu Ueberschreitungen der Kreditlimite. Der Bestand an prämi-  
enberechtigten Tieren hätte zweifellos in Zukunft weiter zuge- nommen. Der Bundesrat sah  
sich deshalb vor allem aus finanziellen Gründen gezwungen, die Halteprämienverordnung  
zu än- dern. Er hat insbesondere das Alter der prämi- enberechtigten Tiere auf 4 bis 14 Jahre  
beschränkt, das Stockmass für Haflin- gerpferde erhöht und die Impfpflicht eingeführt. Die  
Altersbeschränkung ist aus militärischen Gründen sinn- voll: Dreijährige Pferde sind von  
ihrer Leistungsfähigkeit her im Gebirgsdienst schlecht einsetzbar. Es wäre wenig sinnvoll,  
die älteren, arbeitsgewohnten Pferde zugunsten von unerfahre- nen Jungtieren von der  
Prämienberechtigung auszuschlies- sen. Rekrutierungsschwierigkeiten für Wallache sind  
aller- dings nicht auszuschliessen, da diese in der Pferdezucht we- niger gefördert werden  
als Stuten. Der Bundesrat wird auf die im Herbst 1990 beschlossene Aenderung der  
Verordnung nicht zurückkommen. Im Interesse der Sicherstellung einer reibungslosen  
Rekrutierung von guten Trainpferden wird je- doch das EMD ermächtigt, eine sinnvolle  
Uebergangsrege- lung für dreijährige Wallache zu treffen. Beizufügen ist, dass mit der  
Neustrukturierung der Armee in den neunziger Jahren («Armee 95») der Armeebedarf an  
Pfer- den um rund einen Drittel zurückgehen wird, was erneute An- passungen der  
Bestimmungen über die Halteprämien erfor- dern wird. Das EMD und das EVD werden die  
entsprechenden Verordnungen gemeinsam überarbeiten. Es soll erreicht wer- den, dass die  
zwischen den landwirtschaftlichen und den mili- tärischen Aufzucht- und Halteprämien  
bestehenden Lücken verschwinden. Schriftliche Erklärung des Bundesrates Déclaration  
écrite du Conseil fédéral Der Bundesrat beantragt, das Postulat abzulehnen. Abgelehnt -  
Rejeté #ST# 90.907 Postulat Eggenberger Georges Renten der Pensionskassen des Bundes.  
Verbesserung Caisses de retraite de la Confédération. Amélioration des rentes Wortlaut des  
Postulates vom 29. November 1990 Der Bundesrat wird eingeladen, die Renten der  
Pensionskas- sen des Bundes (Eidgenössische Versicherungskasse und Pensions- und  
Hilfskasse der SBB) real zu verbessern. Texte oft; postulat du 29 novembre 1990 Le  
Conseil fédéral est invité à augmenter le montant réel des rentes des caisses de retraite de la  
Confédération (Caisse fé- dérale d'assurance et Caisse de pensions et de secours des CFF).  
Mitunterzeichner- Cosignataires: Ammann, Bäumlín, Bègue- lin, Bodenmann, Borei,  
Braunschweig, Bundi, Carobbio, Da- nuser, Eggenberg-Thun, Euler, Fankhauser, Hafner  
Ursula,

Postulat Pini 1352 N 21 juin 1991 Herczog, Jeanprêtre, Lanz, Ledergerber,  
Leuenberger-Solo- thurn, Leuenberger Moritz, Longet, Matthey, Mauch Ursula, Neukomm,  
Pitteloud, Rechsteiner, Reimann Fritz, Ruffy, Stap- pung, Uchtenhagen, Ulrich, Vollmer,  
Züger (32) Schriftliche Begründung - Développement par écrit Die reale Anpassung der  
sogenannten Altrenten des Bundes- personals entspricht einer sozialen Notwendigkeit,  
Hesse die Rentnerinnen und Rentner des Bundespersonals an der allge- meinen  
wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben und entspricht einem Wohnheitsrecht. Bis zur  
Reallohnerhöhung des Jahres 1982 wurden die Ren- ten des Bundespersonals immer,  
manchmal mit einer gewis- sen zeitlichen Verzögerung, im Ausmass der dem aktiven Bun-  
despersonal gewährten Reallohnverbesserungen erhöht. Bei der erwähnten Erhöhung, bei  
der Reallohnerhöhung um 2 Prozent im Jahre 1989 und bei den auf 1. Juli 1991 vorgese-  
henen Verbesserungen verzichtet der Bundesrat leider auf diese Massnahme. Das hat zur  
Folge, dass die Renten des frü- her pensionierten Bundespersonals deutlich hinter jenen der  
Neurenten zurückbleiben. Dies trifft insbesondere die Bezü- ger(innen) kleiner Renten sehr  
hart, wird aber auch von den übrigen als ungerecht empfunden. Die Rentner(innen) leiden  
unter der überproportionalen Teuerung im Gesundheitswe- sen, bei den Mieten

(Alterswohnungen) und in den Heimen. Eine angemessene reale Erhöhung der Renten würde dem vom Bundesrat und vom Parlament bei der 9. AHV-Revision für die erste Säule festgelegten Grundsatz entsprechen, wo- nach die Renten nicht nur der Teuerung, sondern auch der wirtschaftlichen Entwicklung folgen sollen. Es ist in der Tat nicht einzusehen, weshalb die Rentnerinnen und Rentner nicht an allgemeinen Entwicklungen des Wohlstandes teilhaben sollen. Ich erinnere schliesslich daran, dass die Bundesbediensteten während einer meist sehr langen Zeit der Zugehörigkeit zur Pensionskasse relativ hohe Beiträge entrichten. Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 15. Mai 1991 Déclaration écrite du Conseil fédéral du 15 mai 1991 Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Ueberwiesen - Transmis #ST# 91.3078 Postulat Borei Urlaub für Kuraufenthalte im Ausland Congés pour cures thérapeutiques à l'étranger Wortlaut des Postulates vom 20. März 1991 MUSS ein Bediensteter des Bundes einen vom Arzt verschriebenen Kuraufenthalt absolvieren, so erhält er problemlos bezahlten Urlaub, sofern sich der Ort der Kur in der Schweiz befindet. Mit der Gewährung von Urlaub für Kuren im Ausland hingegen ist der Bund sehr zurückhaltend, selbst wenn sich die Krankenkasse oder die Unfallversicherung bereit erklärt, die Heilkosten zu übernehmen. Er geht in diesem Fall, meiner Meinung nach zu Unrecht, davon aus, dass nicht überprüft werden könne, ob die Kur befolgt werde, und es darum nicht möglich sei, Missbräuche zu verhindern. Ich fordere den Bundesrat auf, seine Politik zu ändern und zur Bekämpfung des Heilbehandlungstourismus Methoden anzuwenden, die in einer Zeit, da er immer wieder von Oeffnung der Schweiz auf Europa spricht, weniger absurd sind. Texte du postulat du 20 mars 1991 Lorsqu'un agent de la Confédération doit suivre une cure thérapeutique prescrite par un médecin, il obtient sans problème un congé payé, pour autant que la cure se déroule en Suisse. La Confédération est par contre extrêmement restrictive pour accorder des congés pour des cures se déroulant à l'étranger, même lorsque les caisses-maladie ou accidents acceptent sans problème de prendre en charge les frais médicaux. Dans ce cas elle part du principe, erroné à mon avis, qu'il n'est pas possible de vérifier que la cure est suivie et donc d'éviter les abus. A l'heure où le Conseil fédéral parle abondamment d'ouverture de la Suisse à l'Europe, je l'invite à modifier sa politique en la matière et à trouver des méthodes moins absurdes de lutte contre le tourisme médical. Mitunterzeichner - Cosignataires: Ammann, Bodenmann, Brügger, Carobbio, Eggenberg-Thun, Eggenberger Georges, Euler, Fankhauser, Haering Binder, Hubacher, Lanz, Neukomm, Rechsteiner, Reimann Fritz, Stappung, Uchtenhagen, Vollmer, Züger (18) Schriftliche Begründung - Développement par écrit L'auteur renonce au développement et demande une réponse écrite. Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 15. Mai 1991 Déclaration écrite du Conseil fédéral du 15 mai 1991 Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat. Präsident: Das Postulat wird von Herrn Hess Peter bekämpft. Die Diskussion wird verschoben. Verschoben - Renvoyé #ST# 90.454 Postulat Pini Milchkontingentierung. Ausnahmen Postulato Pini Deroghe per l'aumento del contingente lattiere Postulat Pini Contingementement laitier. Dérogations Wortlaut des Postulates vom 21. März 1990 Der Bundesrat wird eingeladen, Ausnahmeregelungen in der Gesetzgebung über die Milchkontingentierung für Betriebe zu prüfen, die hauptsächlich Milchwirtschaft betreiben und die kantonale und kommunale Bewilligungen zur Vergrösserung ihrer Produktionsstätte erhalten haben, also mehr Düngergrossvieheinheiten halten können. Mit solchen Regelungen liesse sich das verfügbare Futter rationeller verwerten, und junge Betriebe könnten damit ein besseres Einkommen erzielen. Derartige Bewilligungen brauchen aber auch die Zustimmung der für die Kontingentierung zuständigen Bundesbe-

hörden. Testo del postulato del 21 marzo 1990 Il Consiglio federale è invitato ad esaminare la possibilità di derogare alle attuali normative di legge in merito al contingente lattiere, quando il gestore di una azienda essenzialmente destinata all'allevamento bovino riceve dall'Autorità competente cantonale e comunale l'autorizzazione di ampliare la sua sede produttiva di latte e latticini corrispondente a un numero superiore di UBG, tale da rendere più razionale il consumo foraggero a disposizione e a costituire un reddito utile per la gestione.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Postulat Eggenberger Georges Renten der Pensionskassen des Bundes.

Verbesserung Postulat Eggenberger Georges Caisses de retraite de la Confédération.

Amélioration des rentes In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1991

Année Anno Band III Volume Volume Session Sommersession Session Session d'été

Sessione Sessione estiva Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio

nazionale Sitzung 16 Séance Seduta Geschäftsnummer 90.907 Numéro d'objet Numero

dell'oggetto Datum 21.06.1991 - 08:00 Date Data Seite 1351-1352 Page Pagina Ref. No 20

020 072 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin

der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de

l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino

ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.